

**Mag.<sup>a</sup> Beate Meinl-Reisinger, MES**  
Bundesministerin  
Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Walter Rosenkranz  
Parlament  
1017 Wien

Wien, am 9. April 2026

GZ. BMEIA-2026-0.139.383

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Susanne Fürst, Kolleginnen und Kollegen haben am 9. Februar 2026 unter der Zl. 4869/J-NR/2026 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Ein Orden für die Steuermilliarden an die Ukraine“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 und 2 sowie 5, 7 und 8:**

- *Seit wann hatten Sie persönlich Kenntnis davon, dass der ukrainische Präsident beabsichtigt, Ihnen einen staatlichen Verdienstorden zu verleihen?*
- *Wann genau wurde Ihnen diese Ordensverleihung offiziell angekündigt?*
- *Haben Sie den Orden angenommen?*  
*Wenn ja, haben Sie vor Annahme des Ordens eine Genehmigung eingeholt?*  
*Wann wurde diese Genehmigung durch wen erteilt?*  
*Welche Begründung wurde für die Genehmigung der Annahme dieses Ordens herangezogen?*  
*Wurde der Bundespräsident über diese Ordensverleihung informiert und in welcher Form?*
- *Für welche konkreten Leistungen oder Verdienste wurde Ihnen dieser Orden laut ukrainischer Seite verliehen?*
- *Wie lässt sich die Annahme eines Ordens eines kriegsführenden Staates mit der immerwährenden Neutralität Österreichs und Ihrem abgelegten Amtseid vereinbaren?*

- *Warum wurde die Ordensverleihung nicht aktiv öffentlich kommuniziert, weder durch Sie noch durch Ihr Ressort?*

Einleitend möchte ich festhalten, dass es im internationalen Kontext durchaus üblich ist, dass Politiker, die diplomatisch vermitteln oder sich für Frieden einsetzen, dafür mit Orden oder Ehrenzeichen auch aus anderen Staaten ausgezeichnet werden. Erst im Februar erhielt etwa mein deutscher Amtskollege Johann Wadephul vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj einen Orden. Auch zahlreiche andere internationale Politiker wurden in den vergangenen Jahren mit ukrainischen Orden geehrt, darunter etwa EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen oder der ehemalige kanadische Premierminister Justin Trudeau. Im Übrigen verleiht nicht nur die Ukraine Orden oder Ehrenzeichen an Persönlichkeiten, die sich besonders für ihr Land einsetzen, sondern auch Russland. So erhielt beispielsweise der ungarische Außenminister Péter Szijjártó den russischen Orden der Freundschaft.

Medienberichten zufolge haben auch etliche Abgeordnete der FPÖ Orden aus anderen Ländern erhalten. Exemplarisch sei hier etwa der Wiener FPÖ-Klubobmann Maximilian Krauss angeführt, dem im Februar 2026 vom serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić ein Orden verliehen wurde. Weiters ist Medienberichten zu entnehmen, dass im Jänner 2025 sowohl der FPÖ Generalsekretär Christian Hafenecker als auch der freiheitliche Abgeordnete Harald Vilimsky mit einem ungarischen Orden ausgezeichnet wurden. Harald Vilimsky berichtet auf seinen eigenen Social Media Kanälen ebenfalls von einem Orden, der ihm vom serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić verliehen wurde. Die ehemaligen FPÖ-Politiker Heinz Christian Strache und Johann Gudenus erhielten im Jahr 2018 einen Orden vom bosnischen Separatistenführer Milorad Dodik in der Republika Srpska.

Die Praxis der Ordensvergabe dürfte also weithin bekannt sein.

Ich selbst habe am 23. Jänner 2026 aus den Medien erfahren, dass der ukrainische Präsident eine Ordensverleihung plane. Es ist bisher dazu keine formelle Anfrage seitens der ukrainischen Behörden erfolgt. Ich habe also keinen Orden angenommen. Ich habe auch nicht vor, einen Orden anzunehmen, so lange der Krieg in der Ukraine tobt. Klar ist, dass ein derartiger Orden eine Anerkennung für die Leistung aller Österreicherinnen und Österreicher darstellen würde.

**Zu den Fragen 4 sowie 6, 9 und 11:**

- *Waren Sie bei der Ordensverleihung persönlich in Kiew anwesend?  
Wenn ja, wer hat Sie zu dieser Verleihung begleitet und welche Personen waren anwesend?*

*Auf welche Gesamtkosten belief sich die Reise von Ihnen und Ihrer Delegation zur Ordensverleihung? (Bitte um Aufschlüsselung)*

- *Wurde Ihnen im Zuge der Ordensverleihung, oder auch davor oder danach, die ukrainische Staatsbürgerschaft angeboten?*
- *Gab es innerhalb Ihres Ressorts Überlegungen, diese Auszeichnung bewusst nicht öffentlich zu machen?*
- *Wurden österreichische Steuergelder, Sachleistungen oder politische Unterstützungszusagen im Vorfeld oder Umfeld der Ordensverleihung thematisiert? Waren diese Faktoren oder einzelne davon eine Grundbedingung für die Ordensverleihung?*

Nein. Wie bei Fragen 1 und 2 sowie 5, 7 und 8 ausgeführt, gab es keine Ordensverleihung.

**Zu Frage 10:**

- *Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Ordensverleihung und den umfangreichen finanziellen, politischen und diplomatischen Unterstützungsleistungen Österreichs an die Ukraine?*

Nein. Wie bei Fragen 1 und 2 sowie 5, 7 und 8 ausgeführt, gab es keine Ordensverleihung.

**Zu Frage 12:**

- *Wie vereinbaren Sie Ihre wiederholten Forderungen nach einer EU-Verteidigungsunion, einem militärischen Kommandozentrum und einer stärkeren militärischen Integration mit der Neutralität Österreichs?*
- *Sind diese außen- und sicherheitspolitischen Positionierungen mit der Bundesregierung akkordiert oder vertreten Sie diese eigenständig?*

Die Ausgestaltung der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik erfolgt im Rahmen der verfassungsrechtlichen Grundlagen. Dies umfasst die Einhaltung des Bundesverfassungsgesetzes vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität sowie die volle und solidarische Mitwirkung Österreichs an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU gemäß Artikel 23j des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) und die Mitwirkung an der kommenden Entwicklung der Europäischen Verteidigungsunion.

Das Regierungsprogramm 2025-2029 hält darüber hinaus fest, dass eine „aktive Beteiligung an der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und der kommenden Entwicklung der Europäischen Verteidigungsunion (...) von zentraler Bedeutung für die

Sicherheit Österreichs [ist].“ Dieses Bekenntnis wurde von Bundesregierung im Ministerratsvortrag vom 9. April 2025 betreffend die Ausrichtung Österreichs in gemeinsamen außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen bekräftigt. Die Stärkung der Kapazitäten des Militärischen Planungs- und Durchführungsstabs in Brüssel und eine engere Koordination der EU-Mitgliedstaaten in Angelegenheiten der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind Teil der aktuellen Weiterentwicklung der GSVP.

**Zu Frage 13:**

- *Setzen Sie sich für eine Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in der EU ein?*

Vor dem Hintergrund der zahlreichen Konflikte in der Welt und der Erosion des Völkerrechts und etablierter Handelsregeln muss die EU handlungsfähig und souverän sein. Daher ist eine stärkere Nutzung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen in außen- und sicherheitspolitischen Fragen im Interesse der EU und Österreichs, um Handlungsfähigkeit und Stärke zu gewinnen.

**Zu Frage 14:**

- *Sehen Sie sich selbst noch als Vertreterin österreichischer Interessen oder verstehen Sie Ihr Amt primär als Teil eines supranationalen politischen Projekts?*

Ich bin Außenministerin der Republik Österreich. Selbstverständlich vertrete ich österreichische Interessen.

Mag.<sup>a</sup> Beate Meinl-Reisinger, MES

